

Nicht weniger, sondern mehr Europa!

„Europa regieren?!“ – der Titel des Europäischen Abends im November des vergangenen Jahres lässt in dieser Form eine gewisse Unsicherheit erkennen, ob Europa tatsächlich regiert werden sollte und wenn ja wie. Diese Skepsis ist vor dem Hintergrund des aktuellen Zustandes der Europäischen Union durchaus nachvollziehbar. Zwar wurde im Prozess der europäischen Einigung in den letzten Jahrzehnten viel erreicht. Es ist gelungen, nach den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und vieler vorangegangener Kriege zu einem freundschaftlichen Miteinander in Europa zu finden und alte Feindschaften zu überwinden. Wir verdanken der Europäischen Union und ihren Vorgängerorganisationen unglaublich viel, allen voran eine im historischen Vergleich außergewöhnlich lang anhaltende Zeit des Friedens in Europa von fast 70 Jahren.

Wenn wir heute einen Blick auf den Zustand Europas werfen, müssen wir jedoch leider konstatieren: Europa geht es nicht gut. Von einer Begeisterung für die Europäische Union und ihre Institutionen ist in der europäischen Bevölkerung derzeit wenig zu spüren. Stattdessen erleben in vielen Mitgliedstaaten solche politischen Kräfte einen Aufschwung, die dem Projekt der europäischen Einigung skeptisch, teilweise gar mit offener Ablehnung begegnen. Dieser Trend wurde auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im vergangenen Jahr sehr deutlich, als eine Vielzahl national- und rechtspopulistischer Abgeordneter Mandate erringen konnte.

Diese Entwicklungen zeigen, dass der zukünftige Bestand der Europäischen Union sowie der weitere Fortgang der europäischen Integration keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist. Vielmehr müssen sich gerade all diejenigen, denen die gemeinsame Zukunft Europas eine Herzensangelegenheit ist, immer wieder vor Augen führen, dass die europäische Integration ein Projekt ist, für das wir auch weiterhin mit unserer ganzen Kraft werben müssen.

Gleichzeitig wird unser Werben aus meiner Sicht nur erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, die Europäische Union weiterzuentwickeln. Ich bin überzeugt: Die Antwort auf die Krise lautet nicht weniger, sondern mehr Europa!

Ein ganz wesentlicher Schritt hierbei sollte die Stärkung der politischen Union sein. Ein engeres Zusammenwachsen Europas, das von der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger in allen 28 Mitgliedsstaaten getragen wird, kann mit einer Europäischen Union, die sich selbst als

Wirtschaftsgemeinschaft versteht, nur schwer gelingen. Daher sollten wir die politische Union ausbauen und dadurch ein stärkeres Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher und politischer Integration schaffen.

Außerdem müssen wir Lösungen entwickeln, um das immer wieder – und häufig zurecht – beklagte Demokratiedefizit von Entscheidungen auf europäischer Ebene zu beseitigen. Denkbar sind hier verschiedene Ansätze: Man könnte die Rolle des Europäischen Parlamentes im Rechtsetzungsprozess weiter stärken, insbesondere im Verhältnis zum Europäischen Rat. Dies würde eine Stärkung der von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählten Europaabgeordneten mit sich bringen und damit gleichzeitig die Entscheidungen auf EU-Ebene enger an das demokratische Votum der europäischen Bevölkerung bei der Europawahl binden. Mit den Reformen im Zuge des Vertrages von Lissabon wurden die ersten Schritte in diese Richtung getan. Regelfall ist seitdem, dass das Parlament gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Rat ist. Auch die Europäische Bürgerinitiative, mit der Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit der direkten Einflussnahme auf europapolitische Vorgänge an die Hand gegeben wird, ist in diesem Zusammenhang ein gutes Instrument. Vergleichbare Ansätze sollten auch in Zukunft konsequent weiterverfolgt werden.

In der Diskussion befinden sich außerdem Vorschläge, die demokratische Legitimation europapolitischer Entscheidungen durch eine stärkere Einbindung nationaler Parlamente zu erhöhen. Teilweise könnte dies über bereits bestehende Regelungen erreicht werden. Ein Beispiel hierfür ist das Recht des Bundestages, Stellungnahmen zu Regelungsvorhaben auf EU-Ebene abzugeben, an die die Bundesregierung bei den weiteren Verhandlungen in Brüssel gebunden ist. Eine konsequente Ausübung und gegebenenfalls auch Stärkung solcher Mitspracherechte würde dazu führen, dass ein von den Bürgerinnen und Bürgern direkt legitimes Organ die Möglichkeit hätte, den Rechtsetzungsprozess auf europäischer Ebene entscheidend mitzugestalten und dadurch dem in den Wahlen auf nationaler Ebene artikulierten politischen Willen auf europäischer Ebene stärker zur Geltung zu verhelfen. Es ist nicht zu bestreiten, dass eine solche Lösung einen Zugewinn an demokratischer Legitimation mit sich bringen könnte.

Über diese und andere Reformmaßnahmen werden wir sicher in ganz Europa noch viele Diskussionen führen. Bei allen Meinungsunterschieden im Detail sollten wir dennoch nicht aus den Augen verlieren, dass wir uns bei Reformmaßnahmen stets an einem Ziel orientieren sollten: die Akzeptanz für die Europäische Union zu erhöhen. Dies kann nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger in allen 28 Mitgliedstaaten das Gefühl haben, dass sie tatsächlich Gehör finden auf europäischer Ebene und dass dort nicht entrückte Bürokraten Entscheidungen treffen, die sowohl an der Lebensrealität als auch am politischen Willen der Menschen in Europa vorbeigehen, sondern alle Bürgerinnen und Bürger in Europa mitentscheiden und gestalten können.

Wenn wir es schaffen, durch eine Weiterentwicklung der europäischen Union im Zusammenspiel mit einer stetigen Überzeugungsarbeit für das europäische Projekt wieder in stärkerem Maße positive Assoziationen in den Köpfen der Menschen zu wecken, wenn von Europa die Rede ist, dann wäre viel erreicht. Ich bin trotz aller Schwierigkeiten optimistisch, dass uns dies gelingen kann. Das beste Mittel

auf dem Weg dorthin ist aus meiner Sicht gute politische Arbeit in europäischen Angelegenheiten. Dies stellt eine große Herausforderung dar, der wir uns als politisch Handelnde jedoch nicht verschließen können. Vor diesem Hintergrund kann uns für die Zukunft das Thema des Europäischen Abends in leicht abgewandelter Form als Richtschnur dienen: „Europa regieren!“ – diese Aufforderung ohne Fragezeichen macht deutlich, worum es in den kommenden Jahren vor allem geht.

Autorin:

Dr. Eva Högl, Stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Dr. Eva Högl ist zudem Vizepräsidentin der Europa-Union Deutschland (EUD), Mitglied im Vorstand des Vereins Berliner Republik e. V., Beirat für die Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft, stellvertretendes Mitglied im Kuratorium der Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ und stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Niederländischen Parlamentariergruppe. Von 2006 bis 2009 leitete sie das Referat „Europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik; Europabeauftragte“ im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Kontakt: eva.hoegl@bundestag.de

Weitere Informationen unter: www.eva-hoegl.de

Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de